Abgeordnetenhaus BERLIN

Drucksache 18 / 28 017
Schriftliche Anfrage

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Maik Penn (CDU)

vom 23. Juni 2021 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 24. Juni 2021)

zum Thema:

Berliner Bundesratsinitiativen – Anzahl und Sachstände

und **Antwort** vom 02. Juli 2021 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 05. Jul. 2021)

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses sind bei der Kulturbuch-Verlag GmbH zu beziehen.
Hausanschrift: Sprosserweg 3, 12351 Berlin-Buckow · Postanschrift: Postfach 47 04 49, 12313 Berlin, Telefon: 6 61 84 84; Telefax: 6 61 78 28.

Der Regierende Bürgermeister
von Berlin
- Senatskanzlei –

Herrn Abgeordneten Maik Penn (CDU)

über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei – G Sen –

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/28 017
vom 23. Juni 2021

über **Berliner Bundesratsinitiativen – Anzahl und Sachstände**

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Welche Stelle koordiniert mit wieviel Personal für den Berliner Senat die Einbringung von Bundesratsinitiativen?

Zu 1.:

Die Einbringung von Bundesratsinitiativen wird in der Senatskanzlei im Referat Bundesangelegenheiten koordiniert. Dem Referat gehören derzeit sieben Referentinnen und Referenten, ein Sachbearbeiter, eine Sekretariatskraft und der Referatsleiter an. Auch die Senatsverwaltungen verfügen über zwei bis drei Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die unter anderem mit Bundesratsthemen befasst sind.

2. Wie viele Bundesratsinitiativen hat das Land Berlin seit Amtsantritt des amtierenden Senats Ende 2016 auf den Weg gebracht und wie ist jeweils der Sachstand (abgelehnt/ beschlossen/ offen)? (Bitte um Auflistung nach Senatskanzlei bzw. den einzelnen Senatsverwaltungen und jeweiliges Thema/Ziel).

Zu 2.:

Der Senat hat in der 18. Wahlperiode 93 Bundesratsinitiativen als alleiniger Antragsteller oder zusammen mit anderen Ländern eingebracht. Die Anzahl der seit Ende 2016 vom Senat initiierten Bundesratsinitiativen, deren Zielrichtung und der aktuelle Sachstand sind aus der anliegenden Aufstellung ersichtlich.

3. Inwiefern werden Prioritäten gesetzt, dass Bundesratsinitiativen nicht jahrelang „liegen bleiben“, sondern tatsächlich im Bundesrat befasst werden? Wer legt diese auf welcher Grundlage fest?

Zu 3.:

Alle Bundesratsinitiativen werden nach Vorstellung im Bundesratsplenum oder direkt den zuständigen Fachausschüssen zur Beratung zugewiesen. Abhängig von der fachlichen und politischen Einschätzung einer Bundesratsinitiative durch die anderen Länder kann es sinnvoll sein, eine Initiative nicht sofort einer möglicherweise ablehnenden Entscheidung im Plenum zuzuführen, sondern weiterhin für eine Mehrheit zu werben und gegebenenfalls noch Anregungen anderer Länder in die Initiative aufzunehmen. Die Entscheidung, eine Abstimmung im Plenum herbeizuführen, wird nach vorheriger Absprache der Senatskanzlei mit den beteiligten Senatsverwaltungen im Senat getroffen.

4. An welcher Stelle können die Berlinerinnen und Berliner transparent nachvollziehen, welche Bundesratsinitiativen eingebracht wurden und wie der jeweilige Sachstand ist?

Zu 4.:

Die vom Senat beschlossenen Berliner Bundesratsinitiativen aus der 18. Wahlperiode des Abgeordnetenhauses von Berlin können auf der Internetseite der Senatskanzlei unter dem Link https://www.berlin.de/rbmskzl/politik/bundesangelegenheiten/aktuelles/artikel.710230.php jederzeit abgerufen werden.

Diese Übersicht wird fortlaufend aktualisiert. Bei Eingabe der Drucksachen-Nummer auf www.bundesrat.de kann der aktuelle Verfahrensstand einer Bundesratsvorlage ermittelt werden.

Das Abstimmungsverhalten des Landes Berlin im Bundesrat aus der 18. Wahlperiode des Abgeordnetenhauses von Berlin mit dem jeweiligen Ergebnis im Bundesrat ist auf der Internetseite der Senatskanzlei unter dem Link https://www.berlin.de/rbmskzl/politik/bundesangelegenheiten/aktuelles/artikel.776154.php zu finden.

5. Welche Anliegen aus Bürgerbeteiligungsformaten schafften es seit 2016 in eine Bundesratsinitiative zu münden, wie hat sich der Senat jeweils für den Erfolg eingesetzt und wie ist der Sachstand?

Zu 5.:

Bundesratsinitiativen, die sich auf konkrete Anliegen aus Bürgerbeteiligungsformaten zurückführen lassen, sind im Einzelnen nicht bekannt. Da in der Regel die Senatsverwaltungen Bundesratsvorlagen initiieren, fließen dort bekannte Anliegen Berliner Bürgerinnen und Bürger in die Entscheidung über das „Ob“ und das „Wie“ einer Initiative mit ein.

Berlin, den 02.07.2021.

Der Regierende Bürgermeister
In Vertretung

Christian Gaebler
Chef der Senatskanzlei

Übersicht der eingebrachten Bundesratsinitiativen des Landes Berlin in der 18. WP des Abgeordnetenhauses (2016 bis 2021)

Nr.	Bezeichnung der BR-Initiative, mitantragstellende Länder und einbringende Senatsverwaltung	Inhalt	Sachstand
93.	Entschließung des Bundesrates - Rücknahme der Vorbehalte zu Artikel 59 Istanbul-Konvention Antrag HB, BE, TH Drs. 560/21 (SenGPG)	Angestrebt ist die vorbehaltlose Umsetzung der Istanbul-Konvention durch die Bundesregierung, um Frauen ohne gesicherten Aufenthaltstitel umfassend gegen geschlechtsspezifische und häusliche Gewalt zu schützen. Hierzu sollen 2012 von der Bundesregierung geltend gemachte Vorbehalte ggü. Artikel 59 Absatz 2 und 3 der Istanbul-Konvention aufgehoben und der Bund zur Prüfung eines eigenständigen Aufenthaltstitels für gewaltbetroffene Frauen bewegt werden.	offen
92.	Entschließung des Bundesrates zur Unterstützung der von der Afrikanischen Schweinepest betroffenen tierhaltenden Betriebe Antrag BB, BE, SN, TH Drs. 559/21 (SenJustVA)	Mit der Bundesratsinitiative wird die Bundesregierung gebeten, angesichts der wirtschaftlichen Auswirkungen der Afrikanischen Schweinepest für schweinehaltende Betriebe ein Förderprogramm ohne Beteiligung der Länder zu entwickeln. Dabei soll es sowohl um die Abfederung eines zeitweisen Ausstiegs aus der Haltung gehen, als auch um die Möglichkeit der Aufrechterhaltung der ökologisch und aus Gründen des Tierwohls unterstützenswerten (und besonders gefährdeten) Auslauf- und Freilandhaltung. Hinzutreten sollen Forschungsvorhaben (Risikobewertung, Impfstoffentwicklung) und Bemühungen gegenüber der polnischen Regierung für gemeinsame Schritte im Grenzgebiet.	am 25.06.2021 beschlossen

91.	Entschließung des Bundesrates zu einem zivilrechtlichen Überlassungsverbot hochmotorisierter Kraftfahrzeuge an Fahranfängerinnen und Fahranfänger Antrag BE Drs. 540/21 (SenJustVA)	Der Schutz von Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmern vor der Gefahr, die durch das Führen von hochmotorisierten Fahrzeugen durch Fahranfängerinnen und Fahranfänger ausgeht, erfordert gesetzgeberisches Handeln. Die Bundesregierung soll daher in einer Entschließung aufgefordert werden, einen Gesetzentwurf zu einem zivilrechtlichen Überlassungsverbot vorzulegen.	offen
90.	Entschließung des Bundesrates zur Errichtung eines Wohnheimprogramms für Studierende Antrag MV, BE, TH Drs. 419/21 (Skzl)	Mit der Entschließung soll die Bundesregierung aufgefordert werden, ein Förderprogramm für den Erhalt und den Ausbau von Studierendenwohnraum aufzulegen.	offen
89.	Entschließung des Bundesrates – Neuregelung der ärztlichen Ausbildung praxistauglich voranbringen Antrag SH, BW, BE, HE, NW Drs. 318/21 (RBm – Senatskanzlei)	In dem Mehrländerantrag versuchen die Länder mit Hilfe einer Entschließung noch rechtzeitig Einfluss zu nehmen auf die vom Bund geplante Neuregelung der ärztlichen Ausbildung, von der die Länder mit einer medizinischen Fakultät, und das sind die weitaus meisten, besonders betroffen sind.	am 07.05.2021 beschlossen

88.	Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Tarifvertragsgesetzes Antrag HB, BE, TH Drs. 317/21 (SenIAS)	Mit der Bundesratsinitiative soll das Tarifvertragsgesetz geändert werden, um Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von Tarifverträgen zu erleichtern.	am 28.05.2021 abgelehnt
87.	Entschließung des Bundesrates – Reform des Abstammungsrechts; Alle Familien stärken – Gleichstellung voranbringen Antrag BE, TH Drs. 223/21 (SenJustVA)	Für Kinder aus Zwei-Müttern-Familien soll ein gesetzlicher Anspruch normiert werden, mit zwei rechtlich anerkannten Elternteilen aufzuwachsen. Die Bundesratsinitiative zielt darüber hinaus auch darauf ab, die Ungleichbehandlung von trans- und intergeschlechtlichen Eltern bzw. Personen mit Kinderwunsch aufzuheben, die soziale Elternschaft zu stärken und einen Impuls für eine zukünftige Regelung von Mehrelternschaften zu setzen.	offen
86.	Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung des gemeindlichen Vorkaufrechts nach den §§ 24 ff. des Baugesetzbuchs – Vorkaufrechtsstärkungsgesetz Antrag BE BR-Drs. 124/21 (SenSW)	Der Gesetzesantrag sieht die Erstreckung des gemeindlichen Vorkaufsrechts auf solche Veräußerungsgeschäfte vor, die bei wirtschaftlicher Betrachtung einem Grundstückverkauf entsprechen. Damit sind insbesondere die sogenannten Share Deals angesprochen, bei denen nicht das Eigentum an einem Grundstück, sondern Anteile einer als Grundstückseigentümerin im Grundbuch eingetragenen Gesellschaft veräußert werden.	offen

85.	Entschließung des Bundesrates zur Einrichtung eines bundesweiten zentralen Immobilienregisters Antrag BE Drs. 40/21 (SenJustVA)	Der Bundesrat möge sich für die Einrichtung eines bundesweiten zentralen Immobilienregisters einsetzen, um die Verschleierungen der Eigentumsverhältnisse auf dem Immobilienmarkt in den Blick zu nehmen und Immobiliengeldwäsche effektiv zu bekämpfen. Ein bundesweites zentrales Immobilienregister soll zu mehr Transparenz bei den Eigentumsverhältnissen und Verfügungsberechtigungen beitragen	am 26.03.2021 abgelehnt
84.	Entschließung des Bundesrates - Den Diskriminierungsschutz unterstützen – Verabschiedung der 5. EU-Antidiskriminierungsrichtlinie Antrag BE Drs. 714/20 (SenJustVA)	Die Bundesregierung soll gebeten werden, ihre Blockadehaltung gegen die erforderliche Einstimmigkeit im Rat aufzugeben und auf einen zeitnahen Beschluss im Rat hinzuwirken	am 28.05.2021 abgelehnt
83.	Entschließung des Bundesrates zur Novellierung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) – Menschen wirksamer vor Diskriminierungen schützen Antrag BE Drs. 713/20 (SenJustVA)	Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, eine Evaluation des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes vorzunehmen und die gebotene Weiterentwicklung des AGG in die Wege zu leiten	am 28.05.2021 abgelehnt

82.	Entwurf eines Gesetzes zur Erleichterung des Familiennachzuges Antrag BE Drs. 512/20 (SenInnDS)	Das Aufenthaltsgesetz soll von Nachzugsrestriktionen befreit werden, die unter humanitären Gesichtspunkten oft zu unvertretbaren familiären Situationen führen können. So soll auf die Lebensunterhaltssicherungspflicht beim Ehegattennachzug verzichtet. Ferner sei die Prüfung völkerrechtlicher oder humanitärer Gründe bei Familienangehörigen entbehrlich, sofern deren Vorliegen bereits im Rahmen der Aufenthaltserlaubnis des Stammberechtigten festgestellt würde. Auch solle der Eltern- und Geschwisternachzug zu unbegleiteten minderjährigen Ausländern zulässig sein, um Wahlkonflikte bei unterschiedlich aufenthaltsrechtlich verorteten Familienangehörigen zu vermeiden.	offen
81.	Entschließung des Bundesrates "Teilhabe von Schülerinnen und Schülern an digitalen Lernangeboten sicherstellen" Antrag BE Drs. 357/20 (SenIAS, SenBJF)	Die Bundesregierung soll aufgefordert werden sicherzustellen, dass bei Schülerinnen und Schülern im Leistungsbezug zukünftig die Anschaffung eines digitalen Endgerätes berücksichtigt wird. Wegen der Corona-Pandemie ist die Bedeutung digitaler Lernangebote gewachsen. Die Teilnahme am Distanzunterricht ist nur mittels internetfähigen Endgeräten (PC, Laptop, Tablet) möglich. Im Regelbedarf ist der Bedarf für die Anschaffung eines internetfähigen Computers zur Teilnahme am pandemiebedingten Schulunterricht im heimischen Umfeld bislang nicht berücksichtigt.	offen
80.	Entschließung des Bundesrates zur Änderung der gesetzlichen Sanktionsregelungen im SGB II Antrag BE, HB Drs. 358/20 (SenIAS)	Mit der Entschließung wird die Bundesregierung aufgefordert, einen Gesetzentwurf zur Änderung der Sanktionsvorschriften im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) vorzulegen. Dabei sollen sowohl die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 5.11.2019 umgesetzt als auch insbesondere die Sanktionen für die unter 25-jährigen, erwerbsfähigen Leistungsberechtigten gestrichen und Sanktionen gegenüber Bedarfsgemeinschaften mit Kindern und Jugendlichen ausgeschlossen werden.	am 18.09.2020 abgelehnt

79.	Entschließung des Bundesrates zur Erhöhung des Kurzarbeitergeldes für die sozial gerechte Bewältigung der Corona-Krise Antrag BE, HB Drs. 359/20 (SenIAS)	Gefordert werden Verbesserungen beim Corona-bedingten Kurzarbeitergeld. Insbesondere soll die Höhe des Kurzarbeitergeldes rückwirkend vom 1. März 2020 bis zum 31. März 2021 stufenweise angehoben werden: Bei einem monatlichen Nettoeinkommen von bis zu 1.400.- Euro soll die Höhe des Kurarbeitergeld 90 bzw. 97 Prozent, bei über 1.400.- Euro bis 1.700.- Euro 85 bzw. 92 Prozent und bei über 1.700.- Euro 80 bzw. 87 Prozent betragen.	offen
78.	Entschließung des Bundesrates "Kunst-, Kultur-, Medien- und Kreativlandschaft in Deutschland sichern - Hilfen für Kulturschaffende und Kultureinrichtungen spezifisch und mittelfristig wirkend ausgestalten“ Antrag BE, HB Drs. 230/20 (SenKultEU)	Die Bundesregierung wird gebeten für den Kunst-, Kultur-, Medien- und Kreativbereich in Abstimmung mit den Ländern ein Hilfsprogramm auf den Weg zu bringen, um insbesondere gemeinnützige Einrichtungen und renditearme Einrichtungen zu unterstützen, die bislang nicht von den aufgelegten Programmen hinreichend erfasst sind.	am 05.06.2020 beschlossen

77.	Entschließung des Bundesrates zur temporären (befristeten) Zahlung eines Corona-bedingten Zuschlags i.H.v. 100 Euro monatlich für Leistungsbeziehende im SGB II, SGB XII und AsylbLG Antrag BE, TH und HB Drs. 229/20 (SenIAS)	Die Bundesregierung wird aufgefordert, einen Gesetzentwurf zur befristeten Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II), des Zwölften Buchs Sozialgesetzbuchs (SGB XII) sowie des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) vorzulegen, der die Gewährung eines Corona-bedingten befristeten Zuschlags i. H. v. 100 Euro monatlich für Leistungsbeziehende der genannten Rechtskreise für die Zeit der Corona-Pandemie umfasst.	offen
76.	Entschließung des Bundesrates für ein Zukunftsprogramm für zivilgesellschaftliche Organisationen in der Corona-Pandemie Antrag BE, HB und RP Drs. 228/20 (RBm-Senatskanzlei)	Als ein deutliches politisches Signal zugunsten der Engagement- und der Demokratieförderung soll die Bundesregierung insbesondere zur Bewältigung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie ein Hilfsprogramm erarbeiten, damit gemeinnützige Vereinen und andere zivilgesellschaftliche Organisationen sich durch Modernisierungsmaßnahmen zukunftssicher aufstellen können. Hintergrund sei die notwendige Arbeitsumstellung von der persönlichen Begegnung auf digitale Formate, um handlungsfähig zu bleiben. Ferner soll die von der Bundesregierung beschlossene Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt ihre Arbeit mit konkreten Maßnahmen und einer gezielten Förderung von Strukturen der Engagement- und Demokratieförderung zügig aufnehmen.	am 15.05.2020 abgelehnt

Übersicht der eingebrachten Bundesratsinitiativen des Landes Berlin in der 18. WP des Abgeordnetenhauses (2016 bis 2021)

75.	Entschließung des Bundesrates zur Einführung eines Mindestprüfungsintervalls für Steuerprüfungen bei Steuerpflichtigen mit bedeutenden Einkünften Antrag BE Drs. 189/20 (SenFin)	Unter Bezugnahme auf Hinweise des BRH zu Steuerprüfungen soll bei Steuerpflichtigen mit bedeutenden Einkommen soll ein Mindestprüfungsintervall in der Abgabenordnung eingefügt werden, um eine höhere Verbindlichkeit der Prüfungen zu erreichen.	offen
74.	Entschließung des Bundesrates - Zivilgesellschaft stärken: Gemeinnützigkeitsrecht modernisieren und erweitern Antrag HB, BE Drs. 114/20 (SenFin)	Mit der Initiative soll nach dem sog. Attac-Urteil Rechtssicherheit für zivilgesellschaftliche Organisationen erreicht werden. Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, zeitnah gesetzliche Regelungen vorzulegen.	offen

Übersicht der eingebrachten Bundesratsinitiativen des Landes Berlin in der 18. WP des Abgeordnetenhauses (2016 bis 2021)

73.	Entschließung des Bundesrates - Die Situation in allen Bereichen der Pflege spürbar verbessern - Kein Ersatz von festangestellten Pflegekräften durch Leiharbeitskräfte Antrag BE Drs. 103/20 (SenGPG, SenIAS)	Die Bundesregierung soll gebeten werden, zeitnah gesetzliche Änderungen im Gesetz zur Regelung der Arbeitnehmerüberlassung (Arbeitnehmerüberlassungsgesetz – AÜG) auf den Weg zu bringen, mit denen die Arbeitsbedingungen in der Pflege verbessert werden. Dabei soll die Leiharbeit zunächst spürbar beschränkt und später in einem zweiten Schritt generell unterbunden werden. Sollte die BReg eine Regelung über das SGB V und SGB XI für zielführender halten, sei der BR auch hierzu gesprächsbereit.	offen
72.	Entschließung des Bundesrates zur Einführung eines Familienpflegegeldes für beschäftigte pflegende Angehörige Antrag BE und TH Drs. 104/20 (SenGPG, SenIAS)	Mit dem Entschließungsantrag wird die Einführung eines Familienpflegegeldes (analog des Elterngeldes) gefordert. Damit sollen pflegende Angehörige unterstützt, die Vereinbarkeit Pflege und Beruf gestärkt und die Geschlechtergerechtigkeit gefördert werden.	offen
71.	Entschließung des Bundesrates zur Schaffung von Grundlagen zur Refinanzierbarkeit digitaler altersgerechter Assistenzsysteme im Rahmen des SGB XI Antrag BE, BB, HH, MV, TH und RP Drs. 105/20 (SenGPG, SenIAS)	Damit pflegebedürftige Menschen und ihre pflegenden Angehörigen besser von digitalen Lösungen profitieren können, soll die Bundesregierung zeitnah einen Gesetzentwurf vorlegen, mit dem einheitliche gesetzliche Voraussetzungen für alle Pflegekassen zur Genehmigung und regelhaften Finanzierung für digitale altersgerechte Assistenzsysteme (AAL) sowie ein vereinfachtes standardisiertes Anerkennungsverfahren für technische Unterstützungsangebote geschaffen werden.	am 15.05.2020 beschlossen

70.	Entschließung des Bundesrates für eine Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Projekte der Sektorenkopplung im Rahmen einer Experimentierklausel Antrag MV, BE, BB, NI, RP Drs. 56/20 (SenWEB)	Die Bundesregierung wird gebeten, den Rechtsrahmen für eine Experimentierklausel zu schaffen, um neue wirtschaftliche Rahmenbedingungen zur Überwindung der Hemmnisse in der Wettbewerbsfähigkeit mit zeitlich befristeten und räumlich begrenzten Experimenten zu erproben.	am 15.05.2020 beschlossen.
69.	Entwurf eines Elften Gesetzes zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch Antrag HB, BE Drs. 53/20 (SenIAS)	Der Bund hat mit dem Instrument „Teilhabe am Arbeitsmarkt" (§ 16i SGB II) einen Lohnkostenzuschuss geschaffen, der die Einstellung von Langzeitarbeitslosen fördern soll. Die Höhe der Förderung bemisst sich am Bundesmindestlohngesetz (9,35 Euro) oder an tariflichen bzw. tarifähnlichen Entgelthöhen. Mit der Initiative wird gefordert, bei der Höhe des Zuschusses auch landesgesetzliche Regelungen, wie z.B. ein Landesmindestlohngesetz zu berücksichtigen.	offen
68.	Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz Antrag TH, MV, BE, HB, RP, SL, SH, BW, BY, BB, HH, HE, NI, NW, ST Drs. 623/19 (SenBJF)	Ziel des Antrages ist die Anpassung der im Gesetz zur Kooperation und Information im Kinderschutz (KKG) vorgesehenen finanziellen Mittel für verbindliche Netzwerkstrukturen im Kinderschutz.	am 20.12.2019 beschlossen

67.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Baugesetzbuches (BauGB) und Stärkung der Wirksamkeit der sozialen Erhaltungssatzungen nach § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BauGB Antrag HH, HB, BE Drs. 545/19 (SenSW)	Nach geltender Rechtslage kann die Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen in Milieuschutzgebieten unter Genehmigungsvorbehalt gestellt werden. Ein Anspruch auf Genehmigung der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen besteht aber, wenn sich der Eigentümer verpflichtet, innerhalb von 7 Jahren nur an den Mieter zu veräußern. Da dies das Haupteinfallstor für Umwandlungen darstellt, soll mit der Gesetzesinitiative die entsprechende Ausnahmeregelung in § 172 Abs. 1 BauGB gestrichen werden.	offen
66.	Entschließung des Bundesrates - Schutz von Versicherungsnehmerinnen und Versicherungsnehmern vor laufender Erhebung hochsensibler Gesundheitsdaten zu Zwecken der Tarifgestaltung in der Krankenversicherung Antrag HE,BE, HB, HH, BY, NW, RP, SL Drs. 539/19 (SenGPG)	Die Entschließung bittet die Bundesregierung dafür zu sorgen, dass die laufende (automatisierte) Erhebung hochsensibler Gesundheitsdaten zu Zwecken der Tarifgestaltung in der Krankenversicherung unabhängig von der Einwilligung der versicherten Person für unzulässig erklärt wird.	am 29.11.2019 beschlossen

Übersicht der eingebrachten Bundesratsinitiativen des Landes Berlin in der 18. WP des Abgeordnetenhauses (2016 bis 2021)

65.	Entwurf eines Gesetzes zur besseren Bekämpfung von Mietwucher Antrag BY, BE, BB, HH, NW Drs. 527/19 (SenJustVA)	In § 5 WiStG („Wucherparagraph") soll auf das Erfordernis der Ausnutzung eines geringen Angebots an vergleichbaren Räumen verzichtet werden. Stattdessen soll bei der Frage der Unangemessenheit allein auf das objektive Kriterium des Vorliegens eines geringen Angebots abgestellt werden. Darlegungs- und Beweisprobleme im Bußgeldverfahren sollen damit entschärft werden.	am 29.11.2019 beschlossen
64.	Entwurf eines… Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches – Strafzumessung bei antisemitischen Straftaten Antrag BY, BW, NI, NW, SL, ST, BE, SN, Drs. 498/19 (SenJustVA)	Der Gesetzesentwurf sieht vor, die Regelung zur Strafzumessung in § 46 Absatz 2 Satz 2 StGB um antisemitische Beweggründe und Ziele als ein weiteres Beispiel für menschenverachtende Tatmotivationen zu ergänzen.	am 29.11.2019 beschlossen
63.	Entschließung des Bundesrates zur Verlängerung des Optionszeitraums bis zur Anwendung von **§ 2b UStG** auf juristische Personen des öffentlichen Rechts Antrag NW, BE Drs. 492/19 (SenFin)	Zum 1. Januar 2017 wurde die Umsatzbesteuerung juristischer Personen des öffentlichen Rechts entsprechend der Mehrwertsteuersystemrichtlinie umgesetzt. Folge des Systemwechsels ist eine Vielzahl von Auslegungs- und Abgrenzungsfragen insbesondere im Zusammenhang mit interkommunaler Zusammenarbeit. Um eine Klärung dieser Fragen zu ermöglichen, soll die Übergangsregelung in § 27 Abs. 22 UStG verlängert werden.	am 20.12.19 beschlossen

62.	Entwurf einer Dritten Verordnung zur Änderung der Ersten Verordnung zum Sprengstoffgesetz Antrag BE Drs. 617/19 (SenInnDS)	Ziel der Initiative ist es, die Gefahren durch das Abbrennen von Pyrotechnik zu minimieren und gleichzeitig die Feinstaubbelastung der Luft zu senken, den Tierschutz zu fördern und Abfälle zu reduzieren.	offen
61.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesnichtraucherschutzgesetzes - (BNichtrSchG) Antrag NW, HH, NI, SH HB, BE Drs. 435/19 (neu) (SenGPG)	Der Gesetzesantrag sieht vor, zum Schutz von Kindern und Schwangeren das Rauchen in geschlossenen Fahrzeugen zu verbieten.	am 11.10.2019 beschlossen
60.	Entschließung des Bundesrates - Arbeitnehmerfreizügigkeit - Transnationale Zusammenarbeit verbessern Antrag HH, HB, BE Drs. 481/19 (SenIAS)	Mit dem Entschließungsantrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden, 1. sich für eine zügige Errichtung und adäquate Ausstattung der von der EU im Februar 2019 beschlossenen Europäischen Arbeitsbehörde (ELA) einzusetzen. 2. sich in diesem Zusammenhang auch dafür einzusetzen, dass eine Überprüfung der Maßnahmen zur Umsetzung der Entsenderichtlinie (96/71/EG) und der Durchsetzungsrichtlinie (2014/67/EU) erfolgt. 3. bilaterale Vereinbarungen zur Zusammenarbeit insbesondere mit den Entsendeländern Polen, Bulgarien und Rumänien abzuschließen, die die Aufklärung über ausbeuterische Strukturen verbessern und deren Bekämpfung erleichtern.	am 08.11.2019 beschlossen

59.	Entschließung des Bundesrates "Klimaschutz im Grundgesetz verankern" Antrag TH, BE Drs. 409/19 (SenUVK)	Der Bundesrat soll sich mit dem Entschließungsantrag Thüringens dafür aussprechen, den Klimaschutz als Staatsziel ausdrücklich in das Grundgesetz aufzunehmen. Der Bundesrat soll zudem die Klimaschutzziele von Paris unterstützen. Es sei richtungsweisend, dass sich die Staatengemeinschaft im Dezember 2015 in Paris auf ein verbindliches Klimaschutzabkommen geeinigt habe, in dem sie sich zu dem Ziel bekannt habe, die Erderwärmung auf unter zwei Grad zu begrenzen. Darüber hinaus wollen sich die Staaten anstrengen, den Temperaturanstieg auf 1,5 Grad zu begrenzen. Der Bundesrat soll feststellen, dass der Vorsorge vor den Gefahren und Folgen des Klimawandels gehobene Priorität einzuräumen ist.	offen
58.	Entschließung des Bundesrates für die Festlegung für eine verbindliche durchschnittliche Personalausstattung in Krankenhäusern Antrag HB, TH, BE Drs. 291/19 (SenGPG)	Die Entschließung fordert die Bundesregierung auf, eine Weiterentwicklung des Pflegepersonal-Stärkungsgesetzes vorzunehmen. Zusätzlich zu den Pflegepersonalunter-grenzen ist die Rechtsgrundlage für die Festlegung eines neuen, am Pflegebedarf ausgerichteten Maßes für eine verbindliche durchschnittliche Personalausstattung in Krankenhäusern zu regeln. Darüber hinaus sollten Hebammen in die Regelungen miteinbezogen werden.	am 20.9.2019 abgelehnt
57.	Entschließung des Bundesrates – Anwendung der EFSA-Bienenleitlinien bei der Prüfung von Pflanzenschutzmitteln Antrag BE Drs. 472/19 (neu) (SenGPG)	Mit der vorgelegten Entschließung wird die Bundesregierung über den Bundesrat aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass die nunmehr in Angriff genommene Überarbeitung der Leitlinien der EFSA ausschließlich der Anpassung an neue wissenschaftliche Erkenntnisse dient und nicht den Zweck oder Nebeneffekt haben darf, den bestehenden hohen wissenschaftlichen Standard dieser Leitlinien grundsätzlich abzusenken. Als Begründung dient die unbestreitbare, qualitative wie quantitative Abnahme von Bienen, nicht nur der Honigbiene, sondern auch der Wildbienenarten und Hummeln und vieler anderer Insekten, insbesondere in der Agrarlandschaft Mitteleuropas.	am 08.11.2019 beschlossen

Übersicht der eingebrachten Bundesratsinitiativen des Landes Berlin in der 18. WP des Abgeordnetenhauses (2016 bis 2021)

56.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des § 23 Abs. 1 Aufenthaltsgesetz Antrag BE, TH Drs. 482/19 (SenInnDS)	Zur Wahrung der Bundeseinheitlichkeit benötigen Entscheidungen der obersten Landesbehörden bisher für Landesaufnahmeprogramme aus humanitären oder völkerrechtlichen Gründen das Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern (BMI). In der Praxis hat sich gezeigt, dass sich dieses Verfahren zur Aufnahme von z.B. Seenotrettungsflüchtlingen und anderen Menschen in Not jedoch nicht effektiv genug umsetzen lässt. Um den Ländern daher selbst mehr Verantwortung einzuräumen und schnellere unkomplizierte Hilfe für Geflüchtete zu leisten, soll § 23 Abs. 1 Satz 3 Aufenthaltsgesetz dahingehend geändert werden, dass die Länder sich mit dem BMI ins Benehmen setzen; künftig soll somit die Information an das BMI genügen.	offen
55.	Entschließung des Bundesrates „Deutschkurse für Migrantinnen und Migranten erneuern“ Antrag BE, HB, NW, TH, RP, BB Drs. 433/19 (SenIAS)	Mit dem Antrag werden eine Ausweitung des förderfähigen Personenkreises bei den Integrationskursen und eine grundsätzliche Neugestaltung der Struktur der Deutschkursangebote des Bundes für Migrantinnen und Migranten angestrebt. Dabei wird auch die Bundesregierung aufgefordert, hinreichend Finanzmittel zur vollständigen Bedarfsdeckung bereitzustellen.	am 11.10.2019 beschlossen
54.	Entwurf eines Gesetzes zur Abschaffung der Grundsteuer-Umlagefähigkeit (Mieter-Grundsteuer-Entlastungsgesetz) Antrag BE Drs. 434/19 (SenJustVA)	Um die Mieterinnen und Mieter in Zeiten von immer knapper werdendem, bezahlbarem Wohnraum zu entlasten, soll das BGB dahingehend geändert werden, dass die Grundsteuer nicht mehr im Rahmen der Betriebskostenabrechnung auf die Mieter und Mieterinnen umgelegt werden kann.	offen

53.	Entschließung des Bundesrates zur Einführung einer Gewerbemietpreisbremse in angespannten Gewerberaummärkten Antrag BE Drs. 404/19 (SenJustVA)	Mit der Entschließung werden gesetzliche Änderungen zur Erweiterung des Milieuschutzes, Nutzungsmischungen und Mietobergrenzen, der. Ausbau der Kündigungsschutzes und die Einführung eines Gewerbemietspiegels gefordert	offen
52.	Entschließung des Bundesrates zur Bekämpfung des Identitätsdiebstahls Antrag BE Drs. 471/19 (SenJustVA)	Mit dem Antrag soll die Bundesregierung um Prüfung gebeten werden, durch welche gesetzlichen Regelungen die in den letzten Jahren rasant angestiegenen Fälle des sog. Identitätsdiebstahls wirksam bekämpft werden können. Nach wie vor gebe es Versandwarenhäuser, die Waren auf Rechnung versendeten. Für einen solchen Versand seien lediglich der Name, eine Adresse sowie das Geburtsdatum erforderlich. Diese Informationen sein heute oft frei zugänglich und kaum noch zu schützen.	offen
51.	Entschließung des Bundesrates zu langen Transporten von Nutztieren Antrag HE, RP, BE (Beitritt) Drs. 213/19 (SenJustVA)	Mit der Entschließung wird die Bundesregierung um verschiedene – kurz- wie längerfristige – Maßnahmen für tierschützende Verbesserungen bei langen Transporten von Nutztieren gebeten. Dies betrifft insbesondere Transporte über EU-Grenzen hinaus und insoweit die Erfassung und Zugänglichmachung von Informationen über für die Versorgung von transportierten Tieren in Drittstaaten relevante Zustände und mögliche Einflussnahmen auf die dortigen Zustände.	am 07.06.2019 beschlossen

Übersicht der eingebrachten Bundesratsinitiativen des Landes Berlin in der 18. WP des Abgeordnetenhauses (2016 bis 2021)

50.	Entschließung des Bundesrates „Funktionsschwäche der Tarifautonomie: Problem benennen, Strategie entwickeln, Gestaltungswillen bezeugen“ Antrag HB, BB, TH, BE, HH Drs. 212/19 (SenIAS)	Die Bundesregierung soll eine Strategie zur Stärkung der Tarifautonomie zu erarbeiten, u.a. mit folgenden Optionen: Erleichterung der Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen, Verbesserung der Rahmenbedingungen für Anträge auf Allgemeinverbindlicherklärung und deren Behandlung im Tarifausschuss, gesetzliche Klarstellungen von Voraussetzungen und Funktion der Allgemeinverbindlicherklärung, Verbesserung der Datenlage und Setzen von Anreizen für Mitgliedschaft in Koalitionen.	am 07.06.2019 beschlossen
49.	Entschließung des Bundesrates zur Verbesserung der Patientenorientierung Antrag BB, BE Drs. 206/19 (SenGPG)	Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, eine Stärkung der Patientenorientierung insbesondere dahingehend zu verfolgen, dass jede Patientin bzw. jeder Patient nach einer stationären Behandlung einen Patientenbrief erhält; in einem Beratungsangebot für ältere Menschen soll bedürfnisorientiert auf medizinische Abläufe in der letzten Lebensphase eingegangen werden und die Beteiligung von Patientinnen und Patientenstrukturell in allen Gremien des Gesundheitswesens weiter gestärkt werden	am 07.06.2019 abgelehnt
48.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches und des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten „Fahren ohne Fahrschein“ als Ordnungswidrigkeit Antrag TH, BE BR-Drs. 424/19 (SenJustVA)	Durch die Streichung der Tatbestandsvariante der Beförderungserschleichung in § 265a StGB und die Einführung eines neuen Ordnungswidrigkeitentatbestands soll das Fahren ohne Fahrschein entkriminalisiert werden.	offen

47.	Entschließung des Bundesrates – Akzeptanz und Wertschätzung statt Pathologisierung und Diskriminierung: Menschen in ihrer sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität stärken – „Konversionstherapien" verbieten Antrag HE, BE Drs. 161/19 (SenJustVA)	Gegen sog. Konversionstherapien zur Änderung der sexuellen Orientierung soll zum einen durch verstärkte Aufklärung über die Entstehung und Gleichwertigkeit verschiedener sexuellen Orientierungen vorgegangen werden und zum anderen aber auch repressiv durch Werbe- und Finanzierungsverbote sowie standesrechtliche Sanktionen für Ärzte, die derartiges anbieten.	am 17.05.2019 beschlossen
46.	Entschließung des Bundesrates zur Weiterentwicklung der Pflegeversicherung Antrag HH, BE, Drs. 106/19 (SenGPG)	Die Entschließung fordert Veränderungen in der gesetzlichen Pflegeversicherung mit dem Ziel, den bisher nach oben offenen Eigenanteil der Versicherten an den Pflegekosten zu deckeln. Hintergrund ist, dass die angestrebten und teilweise bereits beschlossenen Verbesserungen im Bereich der Pflege (mehr Personal, bessere Bezahlung) zu erheblichen Kostensteigerungen führen werden, die nach jetziger Rechtslage alleine von den Pflegebedürftigen zu tragen wären. Finanziert werden sollen die Mehrkosten durch die Pflegeversicherung.	offen
45.	Entschließung des Bundesrates zur Einschränkung von Mikroplastikeinträgen Antrag HH, TH, BE Drs 73/19 (SenUVK)	Mit dem Entschließungsantrag die Bundesregierung dabei unterstützt werde, gegenüber der Industrie auf eine freiwillige Selbstbeschränkung hinzuwirken und notfalls ordnungsrechtlich tätig zu werden mit dem Ziel, den Mikroplastikeintrag durch Kosmetika soweit wie möglich zu reduzieren	am 15.03.2019 beschlossen

44.	Entwurf eines Gesetzes zur Erleichterung der Bildung betrieblicher Interessenvertretungen für im Flugbetrieb beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Luftfahrtunternehmen Antrag BE, BB, HB, HH, TH Drs. 576/18 (SenIAS)	Ziel des Gesetzentwurfs ist es, die Bildung von betrieblichen Interessenvertretungen für im Flugbetrieb Beschäftigte zu erleichtern. Dazu soll § 117 Absatz 2 Betriebsverfassungsgesetz um eine Auffanglösung ergänzt werden; für den Fall, dass die Tarifvertragsparteien keine Einigung über eine tarifliche Vereinbarung erzielen können, kommen die allgemeinen Regelungen des Betriebsverfassungsrechts zur Anwendung.	offen
43.	Entschließung des Bundesrates „Arbeitnehmerrechte für Paketbotinnen und Paketboten sichern; Nachunternehmerhaftung für die Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge auf die Unternehmen der Zustellbranche ausweiten“ Antrag NI, HB, BE,BB,HH,TH Drs. 92/19 (SenIAS)	Mit der Entschließung soll die Bundesregierung aufgefordert werden, umgehend die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Nachunternehmerhaftung in der Zustellbranche zu schaffen. Zur Stärkung der Arbeitnehmerrechte sollen dabei insbesondere die Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge gesichert und die Dokumentationspflichten zur Erfassung der täglichen Arbeitszeit erweitert werden.	am 12.04.2019 beschlossen

Übersicht der eingebrachten Bundesratsinitiativen des Landes Berlin in der 18. WP des Abgeordnetenhauses (2016 bis 2021)

42.	Entschließung des Bundesrates "Es ist normal, verschieden zu sein" Antrag HB, BE Drs 495/18 (SenIAS)	Mit der Entschließung soll darauf hingewiesen werden, dass die Bezeichnung „Schwerbehindertenausweis" von einem Teil der Betroffenen als diskriminierend empfunden wird. Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, ein Forschungsgutachten in Auftrag zu geben, das sich mit der Verbreitung, den Ursachen und der Wirkung wahrgenommener Stigmatisierung auf Seiten der Menschen mit Behinderung ebenso auseinandersetzt wie mit einstellungsbedingten Barrieren der Gesellschaft	am 23.11.2018 beschlossen
41.	Entschließung - Hardware-Nachrüstungen statt Fahrverbote Antrag HE, BB, BE Drs.: 448/18 (SenUVK)	Mit der Entschließung soll die Bundesregierung aufgefordert werden, die Voraussetzungen für Hardware-Nachrüstungen zu schaffen und für die kostenmäßige Verantwortung der Hersteller Sorge zu tragen.	am 19.10.2018 beschlossen
40.	Entschließung des Bundesrates "Erhöhung der Freigrenze des § 64 Absatz 3 Abgabenordnung von 35.000 EUR auf 45.000 EUR" Drs 308/18 Antrag BW,BY,HB,HH,MV,NI,RP,SN,ST,SH,BE (SenFin)	Die Bundesregierung wird aufgefordert, in § 64 AO die Freigrenze um 10.000 € auf 45.000 EUR anzuheben. Durch die Entlastung von steuerlichen Verpflichtungen soll das ehrenamtliche Engagement, das vielfach in kleinen Vereinen erfolgt, gestärkt werden.	am 21.09.2018 beschlossen

39.	Entschließung des Bundesrates - Einbeziehung der urbanen Zentren in die Energiewende Antrag BE, TH Drs. 402/18 (SenWEB)	Die Bundesregierung wird aufgefordert die Rahmenbedingungen für Mieterstrommodelle und KWK-Anlagen zu verbessern.	am 19.10.2019 beschlossen
38.	Entschließung des Bundesrates "ELFE - Einfach Leistungen für Eltern" Antrag HB, HH, SH, TH,BE Drs. 307/18 (SenInnDS)	Bundesregierung wird um Vorschläge für die Umsetzung der Digitalisierung der Verwaltungsprozesse gebeten. Bei einer Geburt sollen Eltern und Behörden Erleichterungen verschafft werden. Ohne Aufsuchen einer Behörde sollen z.B. Geburtsurkunde, Kindergeld und Elterngeld beantragt werden können.	am 21.09.2018 beschlossen
37.	Entschließung des Bundesrates zur Diesel-Nachrüstung Antrag BE Drs. 236/18 (SenUVK)	Mit der Entschließung ergeht die Aufforderung an die Bundesregierung, für eine Verpflichtung der Automobilhersteller zu Diesel-Nachrüstungen auf deren Kosten zu sorgen. Dies soll Hardware-Nachrüstungen für Euro 5 Diesel und Software-Nachbesserungen bei Dieseln der Normen Euro 6a bis 6c umfassen. Damit würde ein wesentlicher Beitrag zur Einhaltung der Stickoxidgrenzwerte geleistet. Zugleich würden die Verbraucherinnen und Verbraucher geschützt, denen mit ihren in gutem Glauben erworbenen Diesel-Fahrzeugen nun mögliche Fahrverbote und ein hoher Wertverlust drohen.	offen

Übersicht der eingebrachten Bundesratsinitiativen des Landes Berlin in der 18. WP des Abgeordnetenhauses (2016 bis 2021)

36.	Entschließung des Bundesrates zur Verbesserung der Rehabilitierung, Entschädigung und Versorgung der nach 1945 in beiden deutschen Staaten von §§ 175, 175a Nr. 3 und 4 des Strafgesetzbuches und § 151 des Strafgesetzbuches der DDR Betroffenen Antrag BE Drs. 343/18 (SenJustVA)	Mit der Entschließung soll die Bundesregierung aufgefordert werden, im StrRehaHomG Änderungen dahingehend anzustoßen, dass die Altersangabe an die für einvernehmliche heterosexuelle Handlungen geltenden Schutzaltersgrenzen angepasst wird und weitere soziale Ausgleichsleistungen zur verbesserten Rehabilitierung, Entschädigung und Versorgung vorgesehen werden. Zudem sollen als kollektive Entschädigung Forschungsvorhaben zur Geschichte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen sowie trans- und intergeschlechtlichen Menschen ausgebaut und Beratungs- und Unterstützungsstrukturen für betroffene Seniorinnen und Senioren geschaffen werden.	offen
35.	Entschließung des Bundesrates zur Anpassung des Gewerbemietrechts Antrag BE Drs. 414/18 (SenJustVA)	Mit der Entschließung soll die Bundesregierung gebeten werden, eine Modernisierung des Gewerbemietrechts zu prüfen. Insbesondere sollte für den Gewerbemieter ein gesetzlicher Anspruch gegen den Vermieter auf eine Verlängerung des Mietverhältnisses zu den bislang geltenden Konditionen geschaffen werden. Auf der Grundlage dieses Verlängerungsanspruchs sollte der Mieter erreichen können, dass das Mietverhältnis eine Dauer von zehn Jahren ab der Überlassung erhält.	am 19.10.2018 beschlossen

Übersicht der eingebrachten Bundesratsinitiativen des Landes Berlin in der 18. WP des Abgeordnetenhauses (2016 bis 2021)

34.	Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des sozialen Mietrechts (Mietrechtsmodernisierungsgesetz) Antrag: BE Drs. 300/18 (I A)	Der Gesetzesantrag zielt im Wesentlichen auf eine Entfristung der Mietpreisbremse und die Streichung der Ausnahmeregelung bei der Erstvermietung von umfassend modernisierten Wohnungen. Zudem sollen Mieterhöhungen bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete auf 15 % innerhalb von fünf Jahren (bisher drei) begrenzt werden. Die Modernisierungsumlage soll auf die energetische Modernisierung sowie Maßnahmen zur Minderung von Barrieren und zur altengerechten Herrichtung beschränkt und von 11 auf 6 % gesenkt werden. Es soll eine absolute Kappungsgrenze für die Modernisierungsumlage von 2 € pro m² innerhalb von acht Jahren eingeführt werden	offen
33.	Entschließung des Bundesrates: "Gebührenfreiheit für Aufstiegsfortbildungen voranbringen Antrag: NI, BE Drs. 111/18 (RBm – Senatskanzlei)	Die Entschließung fordert eine Gebührenerstattung für Meisterprüfungen, Kostenübernahme für Aufstiegsfortbildungen und eine Anpassung des Kostenverteilungsschlüssels zwischen Bund und Ländern (78:22) an BAföG-Regelungen	offen
32.	Entschließung des Bundesrates zur Verbesserung der sozialen Lage anerkannter politisch Verfolgter durch Novellierung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze Antrag BB, BE, TH Drs. 316/18 (SenIAS)	Anpassung und Weiterentwicklung der Rehabilitationsgesetze insbesondere für diejenigen Betroffenen, die sich verfolgungsbedingt in einer besonders schwierigen wirtschaftlichen Lage befinden.	am 19.10.2018 beschlossen

31.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 3 Absatz 3 Satz 1) Antrag: BE, BB, HB, RP, TH und HH Drs. 225/18 (SenJustVA)	In das Grundgesetz soll als zusätzliches Merkmal aufgenommen werden, dass niemand auch wegen seiner sexuellen Identität oder geschlechtlichen Orientierung benachteiligt oder bevorzugt werden darf.	am 28.05.2021 abgelehnt
30.	Entwurf eines ... Gesetzes über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen Antrag HH, TH, BE Drs. 135/18 I A	Das StrEG gewährt eine Entschädigung in Fällen, in denen eine Freiheitsentziehung zu Unrecht erfolgt ist (Freispruch, Einstellung, keine Eröffnung des Hauptverfahrens). Seit 2009 beträgt die Entschädigung 25 € pro Hafttag. Mit dem Gesetzesantrag soll diese Entschädigung, die allgemein als zu gering angesehen wird, auf 50 € pro Hafttag angehoben werden	am 20.12.2019 beschlossen
29.	Entschließung des Bundesrates zu mehr Sicherheit beim Abbiegevorgang von Nutzfahrzeugen durch Abbiegeassistenzsysteme Antrag BE, HB, HE, TH Drs. 110/18 (SenUVK)	Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, sich gegenüber der EU-Kommission dafür einzusetzen, in den Typengenehmigungsvorschriften Abbiegeassistenzsysteme für Nutzfahrzeuge ab 7,5 Tonnen zulässigem Gesamtgewicht verpflichtend vorzuschreiben. Darüber hinaus soll eine Nachrüstungspflicht vorgeschrieben werden. Investitionen in Abbiegeassistenzsysteme sollen verstärkt gefördert werden. Die Versicherer sollen gebeten werden, geeignete Rabatte für Fahrzeuge mit Abbiegeassistenzsystemen anzubieten.	am 08.06.2018 beschlossen

Übersicht der eingebrachten Bundesratsinitiativen des Landes Berlin in der 18. WP des Abgeordnetenhauses (2016 bis 2021)

28.	Entschließung des Bundesrates: Humanitäres Bleiberecht für Opfer rechtsextremistischer und rassistischer Gewalt und Erweiterung des Rechtsanspruchs auf Duldung in § 60a Absatz 2 Satz 2 AufenthG BR-Drs. 79/18 Antrag TH, BE (SenInnDS)	Nichtdeutsche Staatsangehörige bedürfen eines besonderen aufenthaltsrechtlichen Schutzes, sofern sie Opfer politisch rechtsmotivierter Gewaltstraftaten geworden sind. Daher sollen zum einen die Betroffenen eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen erhalten, indem § 25 Abs. 4a AufenthG geändert und Opfer einer rechtsextremistischen und rassistischen Gewaltstraftat den Opfern einer Straftat nach den §§ 232 bis 233a StGB gleichgestellt werden sollen. Zum anderen sieht die Entschließung eine Änderung von § 60a Abs. 2 AufenthG vor, mit der der Rechtsanspruch auf eine Duldung erweitert werden soll. Die Abschiebung von Opfern rechtsextremer oder rassistischer Gewalt soll auch dann verpflichtend auszusetzen sein, wenn es sich bei der Gewaltstraftat um eine Vergehen handelt und die Anwesenheit des Opfers von der Staatsanwaltschaft oder einem Strafgericht für das Strafverfahren für sachgerecht erachtet wird.	offen
27.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Asylgesetzes zur Verfahrensbeschleunigung durch die erweiterte Möglichkeit der Zulassung von Rechtsmitteln BR-Drs. 51/18 Antrag HH, BE, BB, HB (SenInnDS)	Der Gesetzentwurf sieht eine Reform des Rechtsweges in Asylverfahren vor: Das Verwaltungsgericht lässt in Hauptsacheverfahren bei grundsätzlicher Bedeutung und Divergenz die Berufung nach § 78 Abs. 4 Satz 1 AsylG zu. In Verfahren des vorläufigen Rechtsschutzes lässt es bei grundsätzlicher Bedeutung die Beschwerde nach § 80 Abs. 2 Satz 2 AsylG zu. Damit soll die Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte vereinheitlicht und die Verfahren schneller und effektiver werden.	am 15.02.2019 abgelehnt

Übersicht der eingebrachten Bundesratsinitiativen des Landes Berlin in der 18. WP des Abgeordnetenhauses (2016 bis 2021)

26.	Entschließung des Bundesrates - Die Situation der Pflege durch Pflegepersonaluntergrenzen spürbar verbessern BR-Drs. 48/18 Antrag BE (SenGPG)	Der Entschließungsantrag fordert die BReg auf, bei der nach 137i SGB V geforderten Vereinbarung der Selbstverwaltung über Personaluntergrenzen in den Krankenhäusern zu gewährleisten, dass der Personalschlüssel für alle Stationen und Notaufnahmen der Krankenhäuser, in denen Pflegepersonal tätig ist, gilt und so ausgestaltet ist, dass eine bedarfsgerechte Versorgung und Pflege der Patientinnen und Patienten zu Tages- und Nachtzeiten sichergestellt ist.	am 23.03.2018 beschlossen
25.	Entschließung des Bundesrates zum Ein-Euro-Eigenanteil bei Mittagessen BR-Drs. 83/18 Antrag BE, BB, HB, SH (SenIAS, SenBJF)	Nach der damaligen Rechtslage mussten Kinder und Jugendliche mit Bezug von Leistungen nach dem SGB II, SGB XII, AsylbLG und WoGG bei der Teilnahme an der gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung von Kita und Schule einen Euro je Mittagessen selbst tragen. Die Geltendmachung und Erziehung dieses geringen Betrags stand in keinem Verhältnis zu dem dafür entstehenden Verwaltungsaufwand. Da Kinder zudem von der gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung ausgeschlossen werden konnten, wenn ihre Eltern den Eigenanteil nicht bezahlen, wurde mit dieser Initiative gefordert, den Eigenanteil zu streichen.	am 27.04.2018 abgelehnt

Übersicht der eingebrachten Bundesratsinitiativen des Landes Berlin in der 18. WP des Abgeordnetenhauses (2016 bis 2021)

24.	Antrag auf Entscheidung des Bundesrates über die Einleitung eines Verfahrens zum Ausschluss der "Nationaldemokratischen Partei Deutschlands" (NPD) gemäß Artikel 21 Absatz 3 des Grundgesetzes in Verbindung mit § 13 Nummer 2a, §§ 43 ff. des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes von der staatlichen Parteienfinanzierung BR-Drs. 30/18 Antrag aller Länder (SenInnDS)	Zentraler Punkt des Antrags ist die durch den BR beim BVerfG zu beantragende Feststellung des Ausschlusses der NPD (und ihrer Ersatzparteien) von der staatlichen Parteifinanzierung für sechs Jahre, nachdem das BVerfG in seinem NPD-Urteil vom 17. Januar 2017 einen entsprechenden Hinweis (Stichwort: Potentialität) gegeben hatte.	am 02.02.2018 beschlossen
23.	Entschließung des Bundesrates zur Mittelausstattung der Jobcenter BR-Drs. 26/18 Antrag TH, BE, BB, HB, RP (SenIAS)	Mit der Entschließung soll die künftige Bundesregierung aufgefordert werden, bei der Aufstellung des Bundeshaushaltes für das Jahr 2018 und in den Folgejahren für eine aufgabengerechte Mittelausstattung einschließlich der notwendigen Verpflichtungsermächtigungen der Jobcenter zur Umsetzung des SGB II - Budgets für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit sowie zur Finanzierung der Verwaltungskosten - zu sorgen.	am 02.03.2018 beschlossen

Übersicht der eingebrachten Bundesratsinitiativen des Landes Berlin in der 18. WP des Abgeordnetenhauses (2016 bis 2021)

22.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföGÄnG) BR-Drs. 84/18 Antrag BE, BB, HB (RBm - Senatskanzlei)	Entschließung / Gesetzesantrag zu BAföG und Wohngeld Erhöhung des Wohn-Bedarfssatzes nach § 13 Abs. 2 Nr. 2 Bafög und Wiedereinführung eines nachweisabhängigen Erhöhungsbetrages für nicht bei den Eltern wohnende Studenten sowie Folgeänderung bei den Zuschlägen für die Kranken- und Pflegeversicherung nach § 13a BAföG	am 27.04.2018 abgelehnt
21.	Entschließung des Bundesrates zu weiteren Verbesserungen im Ausbildungsförderungsrecht BR-Drs. 85/18 Antrag BE, BB, HB, TH (RBm - Senatskanzlei)	Ziele der Entschließung sind eine schnelle Anpassung der Bedarfssätze, Freibeträge und Sozialpauschalen sowie die Wiedereinführung eines nachweisabhängigen Erhöhungsbetrages zu den Mietkosten. Zudem sollen die bisher unzureichenden Zuschüsse zur Kranken- und Pflegeversicherung für Schüler und Studenten, die das 30. Lebensjahr vollendet haben, erhöht werden.	am 27.04.2018 abgelehnt
20.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches - Aufhebung von § 219 a StGB BR-Drs. 761/17 Antrag BE, TH, BB, HH (SenJustVA)	§ 219 a StGB, der die Werbung für einen Schwangerschaftsabbruch und für dafür geeignete Gegenstände unter Strafe stellt, soll abgeschafft werden. UWG und MBO-Ä schützten in ausreichendem Maße vor unlauterer bzw. berufswidriger Werbung. Informationen zu straffreien Abbrüchen dürften nicht kriminalisiert werden.	offen

19.	Entschließung des Bundesrates zur Kostenübernahme von Verhütungsmitteln bei Frauen mit geringem Einkommen BR-Drs. 617/17; Antrag NI, BB, HB, TH, BE (SenIAS)	Die Bundesregierung soll die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass einkommensschwachen Frauen und Frauen im Sozialleistungsbezug die Kosten für ärztlich verordnete Verhütungsmittel übernommen werden. Hierbei soll auch die rückwirkende Erstattung von vorverauslagten Kosten für Notfallkontrazeptiva berücksichtigt werden.	am 15.12.2017 beschlossen
18.	Entschließung des Bundesrates zur Entfristung der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze BR-Drs. 743/17 Antrag TH, BE, SN, BB, ST, MV (I A)	Die Bundesregierung soll gebeten werden, die rechtlichen Voraussetzungen für eine Aufhebung der Antragsfristen in den Gesetzen zur Rehabilitierung von Opfern politischer Verfolgung in der DDR zu schaffen.	am 02.02.2018 beschlossen
17.	Entschließung des Bundesrates zur Aufnahme von Kinderrechten in ins Grundgesetz BR-Drs. 710/17 Antrag BB, BE (SenJustVA)	Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, einen verfassungsändernden Gesetzentwurf vorzulegen, der Kinderrechte im Grundgesetz verankert und das Schutzbedürfnis von Kindern klarer zum Ausdruck bringt	offen

Übersicht der eingebrachten Bundesratsinitiativen des Landes Berlin in der 18. WP des Abgeordnetenhauses (2016 bis 2021)

16.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes – Verbesserung der Lage von Heimkindern Drs. 642/17 Antrag SN, TH, MV, BE (SenJustVA)	Der Gesetzentwurf bezweckt die Erleichterung der Rehabilitierung von Betroffenen, welche als Kinder oder Jugendliche in der ehemaligen DDR deshalb in einem Heim untergebracht wurden, weil ihre Eltern aufgrund politischer Verfolgung inhaftiert waren oder andere freiheitsentziehende Maßnahmen erlitten hatten	am 03.11.2017 beschlossen
15.	Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des Mieterschutzes über die Miethöhe bei Mietbeginn Drs. 620/17 Antrag BE (SenJustVA)	Vermieterinnen und Vermieter sollen verpflichtet werden, bereits zu Mietbeginn von sich aus über die Miete des Vormieters zu informieren und nicht erst auf Verlangen der Mieterinnen und Mieter. Des Weiteren sollen die Mieterinnen und Mieter einen Rückforderungsanspruch wegen überzahlter Miete bereits ab Zeitpunkt des Mietbeginns haben	offen
14.	Entschließung des Bundesrates für eine Möglichkeit wissenschaftlich begleiteter Versuchsprojekte mit kontrollierter Abgabe von Cannabis Antrag HB, TH, BE (SenGPG)	Der Antrag fordert die Bundesregierung auf, eine Änderung des Betäubungsmittelgesetzes vorzunehmen. Es sei die Rechtsgrundlage für die Abgabe ärztlich nicht verschriebener Gebrauchsmengen von Cannabis an Erwachsene im Rahmen wissenschaftlich begleiteter und kontrollierter Versuchsprojekte zu schaffen.	am 07.07.2017 abgelehnt

13.	Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung der Liegenschaftspolitik des Bundes BR-Drs. 557/17 Antrag BE (SenFin)	Vom Bund nicht benötigte Liegenschaften werden „wirtschaftlich" i.d.R. durch Bieterverfahren veräußert. Die Initiative zielt darauf ab, die Vorgaben im BImA-Gesetz und in der BHO anzupassen so dass auch die künftige Nutzung berücksichtigt und das Ertragswertverfahren herangezogen werden kann.	am 03.11.2017 beschlossen .
12	Entschließung des Bundesrates zur Aufhebung des Transsexuellengesetzes sowie zur Erarbeitung eines Gesetzes zur Anerkennung der Geschlechtsidentität und zum Schutz der Selbstbestimmung bei der Geschlechterzuordnung BR-Drs, 362/17 Antrag RP,BE,BB,HB,TH (SenInnDS)	Mit der Entschließung soll die Bundesregierung aufgefordert werden, die Novellierung des TSG nunmehr anzustoßen und zusätzlich gefordert werden, dass dabei die Begutachtungspflicht entfällt und das gerichtliche Verfahren durch ein Verwaltungsverfahren ersetzt wird	am 02.06.2017 beschlossen
11.	Entschließung des Bundesrates „Kooperationsverbot im Bildungsbereich aufheben" BR-Drs. 621/17 Antrag der Länder BE, BB, HB, HH, NI, RP, TH (RBm – Senatskanzlei)	Mit der Entschließung soll die Bundesregierung auffordert werden, mit den Ländern in Gesprächen über eine Änderung des Grundgesetzes einzutreten, durch die das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in der Bildung aufgehoben wird.	offen

10.	Entschließung des Bundesrates zur „Gewaltprävention für gefährdete Beschäftigte in Dienstleistungsberufen“ BR-Drs, 383/17 Antrag BB, BE (SenIAS)	Mit der Entschließung soll jedwede Form von Gewalt gegen öffentlich Beschäftigte verurteilt werden.	am 07.07.2017 beschlossen
9.	Entschließung des Bundesrates zur “Beteiligung der deutschen Länder an den Brexit-Verhandlungen der Bundesregierung” BR-Drs. 235/17 Antrag BW, BY, HE, MV,BE, HB, RP, SL, ST, SH, TH (SenKultEU)	Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, die Länder in die Verhandlungen zum Austritt und zum Abschluss einer neuen Partnerschaft einschließlich etwaiger Übergangsregelungen zur Vermeidung eines ungeordneten Austritts eng einzubeziehen und entsprechend der verfassungsrechtlichen Vorgaben angemessen zu beteiligen.	am 31.03.2017 beschlossen
8.	Entschließung des Bundesrates – Lebensmittelverluste in Deutschland verringern) Antrag NW, BE BR-Drs. 180/17 (SenJustAV)	Mit der Entschließung soll die Bundesregierung aufgefordert werden, eine gesetzliche Initiative zur Verringerung der Lebensmittelverluste in Deutschland zu erarbeiten und schnellstmöglich die geplante Koordinierungsplattform einzurichten.	am 31.03.2017 beschlossen

7.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Abgabenordnung zwecks Anerkennung der Gemeinnützigkeit von Freifunk Antrag NW, TH; BE BR-Drs. 107/17 (RBm – Senatskanzlei)	Freifunkinitiativen sind eine Form des gemeinnützigen bürgerschaftlichen Engagements, das die Digitalisierung hervorgebracht hat und sollten durch eine Ergänzung der Katalogzwecke in § 52 Abgabenordnung steuerlich begünstigt werden.	am 10.03.2017 beschlossen
6.	Entwurf eines Gesetzes zur Harmonisierung der Folgen von Zahlungsverzug im Wohnungsmietrecht Antrag BE Drs. 317/17 (SenJustVA)	Mit der Gesetzesinitiative soll der Widerspruch ausgeräumt werden, dass Vermieter häufig dazu übergehen, neben der außerordentlichen fristlosen Kündigung wegen erheblicher Mietrückstände zusätzlich auch eine ordentliche Kündigung auszusprechen. Die aus sozialen Gründen geschaffenen, besonderen schuldnerschützenden Vorschriften im Wohnungsmietrecht sollen zukünftig auch bei ordentlicher Kündigung wegen Zahlungsverzugs angewendet werden können.	am 02.06.2017 abgelehnt
5.	Entschließung des Bundesrates zur Wettbewerbsfähigkeit im Schienengüterverkehr BR-DRs. 746/16 Antrag der RP, HB, BE, NW (SenUVK)	Die Bundesregierung wird aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um den Verkehrsanteil des Schienengüterverkehrs zu steigern, wie z.B. durch Verbesserung der Rahmenbedingungen beim Lärmschutzes, Stärkung der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit des Schienengüterverkehrs, weitere Elektrifizierungen, Abbau von Kapazitätshemmnissen, Prüfung der Senkung der Infrastrukturnutzungsentgelte.	am 10.02.2017 beschlossen

4.	Entschließung des Bundesrates „Mitbestimmung zukunftsfest machen“ Antrag BE BR-Drs. 740/16 (SenIAS)	Die Bundesregierung wird aufgefordert die gesetzliche Mitbestimmung an die anstehenden Herausforderungen anzupassen, insbesondere mit Blick darauf, dass multinationale Konzerne verstärkt aus dem Ausland agieren. Auch soll die Bundesregierung, Lücken im deutschen Mitbestimmungsrecht schließen und auf europäischer Ebene dafür eintreten, dass dort entsprechende Lücken geschlossen werden.	am 10.02.2017 beschlossen
3.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes – Verbesserung der Lage von Heimkindern – Antrag TH, SN, BE BR-Drs, 744/16 (SenJustVA)	Der Gesetzentwurf dient der Erleichterung der Rehabilitierung von Betroffenen, welche als Kinder oder Jugendliche in der ehemaligen DDR deshalb in einem Heim untergebracht wurden, weil ihre Eltern aufgrund politischer Verfolgung inhaftiert waren oder andere freiheitsentziehende Maßnahmen erlitten hatten.	am 10.02.2017 beschlossen
2.	Entschließung des Bundesrates zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch - Gesetzliche Krankenversicherung (SGB V) Antrag TH, BE , BB BR-Drs. 100/17 (SenGPG)	Der Bundesrat soll die Bundesregierung auffordern, dem Bundesrat noch in dieser Legislaturperiode einen Bericht zur Situation der Solo-Selbständigen, deren sozialer Absicherung und der Haltung der Bundesregierung zur Unterstützung der Solo-Selbständigen vorzulegen. Dabei soll dargestellt werden, welche Maßnahmen angesichts sich veränderter Arbeitswelten die Bundesregierung als Unterstützung für geeignet hält.	am 10.03.2017 beschlossen

1.	Entschließung des Bundesrates zur Stärkung der Gerechtigkeit in der Gesundheitsversorgung durch erste Schritte in Richtung einer Bürgerversicherung Antrag BE, HB, TH BR-Drs. 236/17 (SenGPG)	Um das Gesundheitssystem in Richtung Bürgerversicherung zu entwickeln werden folgende Maßnahmen gefordert: Beamten soll der Wechsel von der Privaten Krankenversicherung (PKV) zur Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) ermöglicht/erleichtert werden, Geringverdienende Selbständige sollen ihren Beitrag in der GKV nicht mehr nach einem /relativ hohen (fiktiven) Einkommen, sondern nach den tatsächlichen Einnahmen zahlen. Der Beitrag zur GKV soll wieder komplett paritätisch von Arbeitgebern und -nehmern aufgebracht werden.	am 02.06.2017 abgelehnt